

# Elisabeth Schneider-Schneiter bangt um ihre Wiederwahl als Nationalrätin

**CVP** Mit einem hauchdünnen Vorsprung hat Elisabeth Schneider-Schneiter 2015 ihren Sitz gerettet. Diesmal dürfte es noch enger werden: Die BDP als ihr Bündnispartner verfügt nicht mehr über dieselbe Stimmkraft.

Thomas Dähler

Für die CVP ist guter Rat teuer: Die Christlichdemokraten müssen sich etwas einfallen lassen, wenn sie ihren Baselbieter Nationalratssitz im kommenden Oktober verteidigen wollen. Bleiben die Parteibündnisse und Stimmenanteile im Vergleich zu den Landratswahlen vom 31. März unverändert, verliert Elisabeth Schneider-Schneiter ihren Sitz in der Grossen Kammer an die Freisinnigen.

Vor vier Jahren musste Schneider-Schneiter bis zum Schluss zittern. 3200 Stimmen, rund 450 Wählerinnen oder Wähler, gaben schliesslich den Ausschlag zugunsten der Biel-Benkemerin. Diese 3200 Stimmen hatte Schneider-Schneiter der BDP als Bündnispartner zu verdanken, die damals rund 17 000 Stimmen zum knappen Wahlerfolg der CVP beitrug. So resultierten schliesslich je zwei Sitze für die SVP und die SP und je einer für die FDP, die Grünen und die CVP.

## Gegner auf allen Seiten

Bei den Wahlen im kommenden Oktober ist die Ausgangslage noch komplexer: Der Wackelsitz der CVP wird von allen Seiten angegriffen werden. Das bürgerliche Bündnis mit SVP und FDP ist zwar insgesamt etwas schwächer einzuschätzen als noch vor vier Jahren, kann sich aber auch so noch Hoffnungen machen, den umstrittenen Sitz für die FDP dazuzugewinnen. Und dank des Aufwärtstrends der Grünen liegt der umstrittene Sitz auch in Reichweite der SP.

Die CVP hat auch diesmal die Unterstützung der kleinen BDP auf sicher. Diese Unterstützung ist aber um mehr als die Hälfte



Sie wird sich gegen ihre Abwahl wehren müssen: Nationalrätin und Handelskammer-Präsidentin Elisabeth Schneider-Schneiter. Foto: Pino Covino

eingebrochen, nimmt man als Massstab die kantonalen Wahlen. Um die Wiederwahl-Aussicht von Schneider-Schneiter aufrechtzuerhalten, braucht die CVP weitere Bündnispartner.

Im Vordergrund stehen dafür die Grünliberalen und die EVP. Diese haben vor vier Jahren ab-

gewunken, als es darum ging, der CVP bloss Stimmen abzugeben. Zu vernehmen ist aber jetzt, dass die Grünliberalen und die EVP für eine Listenverbindung zu haben sind, aber nur in einer eigenen Unterlistenverbindung unter dem Label Mitte. Offen bliebe damit, ob der Nationalratssitz da-

mit wirklich an die CVP ginge. Bei den Landratswahlen kam die CVP auf einen Stimmenanteil von 9,34 Prozent; Grünliberale und EVP kamen zusammen auf 9,45 Prozent.

Gut möglich, dass die persönliche Situation den Ausschlag gäbe. Nationalrätin Schneider-

Schneiter hat den Bonus der Bisherigen. Doch die ehemalige Landratspräsidentin Elisabeth Augstburger (EVP) ist populär, und auch die Grünliberalen könnten sich etwa mit Landrat Daniel Altermatt oder mit Alt-Landrat Hans Furer Chancen ausrechnen.

## Ja zur modernen Schweiz

**Gastbeitrag** Replik auf den Leitartikel von Thomas Dähler, BaZ 12. 4. 2019.

Der freisinnige Kompass ist klar. Stillstand lähmt die Schweiz. Wir müssen uns bewegen. Nach vorn!

Der Nominationsparteitag der Baselbieter FDP in Allschwil war Thomas Dähler zu harmlos. Inhalte hätten gefehlt. Für mich ist sein Kommentar ein Weckruf. Damit lebe ich gut.

Unsere kantonale Parteileitung steht hinter Petra Gössis umweltpolitischen Linie. Die Präsidentin der FDP Schweiz will die Umweltpolitik nicht linken Ideologen überlassen, die das wichtige Thema missbrauchen, um sozialistische Umverteilung und verbotsgesteuerte Bevormundung durchzudrücken. Als Gestalterin des Energiegesetzes und des Baselbieter Energiepakets, das Energieeffizienz und erneuerbare Energien bei Gebäudesanierungen fördert, setzt sich die FDP Baselland seit langem für die Schonung natürlicher Ressourcen ein.

Auf die Schultern klopfen wir uns deshalb nicht. Es braucht mehr. Unsere Umweltpolitik ist weder symbolisch noch dirigistisch. Industrie und Gewerbe sind Partner, nicht Gegner. Ein anspruchsvolles Ziel, das erreicht wird, ist besser als ein Dutzend hehre Bekenntnisse. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen will die FDP Erdöl, Kohle und Erdgas durch erneuerbare und CO<sub>2</sub>-neutrale Energieträger ablösen. Dies darf aber nicht zu massiven Wettbewerbsnachteilen für die Wirtschaft und zu drückenden Lasten für Konsumentinnen und Konsumenten führen. Bald wird sich der Landrat mit der Anschlussfinanzierung des erfolgreichen Energiepakets befassen. Da schmieden wir mit konstruktiven Kräften gern ideologiefreie Nägel mit Köpfen.

Zu Europa: Wir Freisinnige kämpfen als Einzige konsequent für eine konkurrenzfähige, moderne Schweiz. Wir

befürworten das Rahmenabkommen mit der EU, möchten aber vom Bundesrat noch Klarstellungen, vor allem bei der Unionsbürgerrichtlinie. Nur mit dem Rahmenabkommen sichern wir die bilateralen Verträge für die Zukunft, ohne unser souveränes Recht, zu neuen Bestimmungen Nein sagen zu können, aufzugeben. Die Unionsbürgerrichtlinie, die die Ausschaffung von Kriminellen erschwert und den Sozialhilfebezug für EU-Angehörige erleichtert, will die FDP nicht. Die Richtlinie ist allerdings ebenso wenig Bestandteil des Rahmenabkommens wie der bilateralen Verträge. Eine ablehnende Erklärung des Bundesrats genügt. Die flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohndumping sind unverzichtbar. Das Rahmenabkommen stellt diesen Schutz nicht infrage. Das sture Beharren der Gewerkschaften auf einer achttägigen Meldefrist für EU-Firmen, die bei uns Leistungen erbringen, ist im Digi-

talzeitalter abwegig und nur mit der Wahrung eigener Pfründe zu erklären.

Europapolitik beginnt mit der «Vorlage über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung» (Staf), über die wir am 19. Mai abstimmen. Die FDP Schweiz, die FDP Baselland und ich kämpfen für ein Ja zu dieser für die Region Basel zentralen Vorlage. Die Grünen dagegen, die sich fortschrittlich geben, servieren uns eine Blockade und einen europapolitischen Scherbenhaufen. Sie lehnen die Staf mit falschen Argumenten ab, indem sie wider besseres Wissen behaupten, grosse Konzerne müssten weniger Steuern zahlen. Das Gegenteil ist wahr. Eine leichte Entlastung gäbe es für KMU, während internationale Konzerne etwas stärker belastet würden. Für Regula Rytz, aus Bern stammende Präsidentin der Grünen, hört die Schweiz offenbar am Hauenstein auf. Dass unsere exportorientierte Life-Scien-

ces-Region dringend auf Rechtssicherheit und eine für die Forschung gute Lösung angewiesen ist, kümmert die Grünen nicht. Obwohl wir die 1,2 Milliarden Franken, die Bern aus dem Finanzausgleich bezieht, kräftig mitfinanzieren. Die Zeit, um einen neuen OECD-kompatiblen Kompromiss zu finden, ist längst abgelaufen. Wer in der Europapolitik bloss Nein sagt oder sich vor Positionsbezügen drückt, hat einen Plan B: endlos verhandeln, lamentieren, Schuld zuweisen. Wir setzen auf Plan A: Stillstand überwinden und Rahmenbedingungen schaffen, um dem innovativen Werk- und Forschungsplatz Schweiz eine prosperierende Zukunft zu sichern.



Marc Schinzel ist FDP-Landrat aus Binningen.

## Entschuldigung nach Facebook-Provokation

**Dorfstreit** Nachdem eine Privatperson Anfang März eine Linde auf ihrem Grundstück in Rothenfluh aus Sicherheitsgründen hatte fällen lassen, war die Aufregung im Dorf gross.

Der Gemeindeverwalter Bruno Heinzelmänn kommentierte das Vorgehen auf seinem privaten Facebook-Profil folgendermassen: «Unsere über 100 Jahre alte Kirchenlinde wurde heute in einem Vandalenakt einfach umgehauen und entsorgt.» Ausserdem beschmierten Unbekannte die Kirchenmauer sowie die Strasse mit den Beleidigungen «Lindenmörder» und «Arsch».

Seither verlangt der Grundbesitzer Luca Bitterlin, der den alten Baum wegen Stockfäule entfernen musste, dass sich Heinzelmänn bei ihm entschuldigt. Der Oberbaselbieter Gemeindeverwalter liess sich Zeit damit. Doch in den aktuellen «Rothenflüher Gmeini Nachrichten» räumt Heinzelmänn nun ein, dass er die Baumfällung «in ungebührlicher Art kommentiert» habe. Er habe sich inzwischen bei Bitterlin und dessen Familie persönlich entschuldigt. «Auf seinen Wunsch hin entschuldige ich mich dafür auch öffentlich in den «Gmeini Nachrichten», schreibt Heinzelmänn. (lg)

## Nachrichten

### Doppelvakanz im Gemeinderat

**Muttenz** Nach fast 30 Jahren als Exekutivpolitiker ist Schluss: Der Muttenzer Gemeindepräsident Peter Vogt wird per 30. Juni aus dem Gemeinderat zurücktreten, wie die Gemeinde gestern in einer Medienmitteilung bekannt machte. Der 67-Jährige war über 29 Jahre im Gemeinderat, 19 davon amtierte er als Gemeindepräsident. Nun sei der Zeitpunkt gekommen, einer jüngeren Person Platz zu machen. Vogt war insgesamt 44 Jahre in der Politik tätig und wechselte seine politische Ausrichtung über die Jahre hinweg von Rechtsausen in Richtung Mitte. 1975 zog er als Mitglied der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat, dem Vorgänger der Schweizer Demokraten, in den Landrat ein. 1979 trat er aus der Nationalen Aktion aus und politisierte als Parteiloser bei der Fraktion der SVP mit. Ende der 1980er-Jahre wechselte er dann zur CVP, der er bis heute angehört. Nachdem Vogts Stellvertreterin, Gemeinderätin Kathrin Schweizer (SP), am 31. März in den Regierungsrat gewählt wurde und ihr jetziges Amt Anfang Juli abtritt, gibt es in Muttenz eine Doppelvakanz. Die Ersatzwahl für die zurücktretenden Gemeinderäte findet am 23. Juni statt. (sa)

### Überfall auf Bankfiliale – Belohnung ausgesetzt

**Oberdorf** Am Montag, ungefähr um 11.30 Uhr, wurde die BKB-Filiale überfallen. Ein circa 1,75 Meter grosser Mann mit fester Statur betrat die Bank, zog eine Waffe, forderte die Herausgabe von Bargeld und flüchtete. Er hatte eine schwarze Kappe mit Augenlöchern übergezogen, war komplett in schwarz gekleidet und sprach gebrochen Dialekt. Für Hinweise zählt die Polizei 5000 Franken. (sa)